

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Befellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Spediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Arbeiter!

Das alte Deutschland geht in Trümmer — neue Staatsverhältnisse sind in der Bildung begriffen.

Wollt Ihr unthätig zusehen, wie das Neue sich gestaltet oder wollt Ihr, thatkräftig eingreifend, Eure politische Keise bewähren?

Ihr müßt endlich einmal zeigen, daß Ihr nicht fürder gesonnen seid, Euch bevormunden zu lassen, sondern daß Ihr mit selbstbewußter Thatkraft für Eure eigenen Interessen eintreten wollt.

Nur Ein Mittel giebt es für Euch, selbständigen Einfluß auf die Regierungen und dadurch auf die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu gewinnen:

Das allgemeine, gleiche und directe Stimmrecht mit geheimer Abstimmung.

Dieses allgemeine Stimmrecht also gilt es vor Allem zu erringen; es ist die unerläßliche Voraussetzung und Grundlage für jede Verwirklichung und Sicherstellung der Volksrechte und für alle weitere Förderung der Volkssache; es ist das erste und vorzüglichste Mittel zur friedlichen Erreichung eines den Interessen des wirklichen Volkes entsprechenden Staatszustandes.

Aus einem doppelten Grunde, Arbeiter, seid Ihr berechtigt, ja verpflichtet, mit äußerstem Nachdruck in diesem entscheidenden Augenblicke Eure Forderung nach dem allgemeinen Stimmrecht zu erheben.

Ihr müßt es thun im Interesse der Nation — Ihr müßt es thun in Eurem eigenen Interesse.

Warum im Interesse der Nation?

In diesen letzten Jahrzehnten war es überall in Deutschland die besitzende Bürgerklasse, die Bourgeoisie, welche die agitatorische Thätigkeit in der Hand hatte. Ihre Kammern, ihre Zeitungen, ihre Vereine, ihre Versammlungen waren es, die das große Wort führten und den Regierungen Opposition machten.

Und was haben sie geleistet mit all' ihrem Geld und all' ihrem Schreien?

In Sachen der Freiheit haben sie sich unter die absolutistische Willkür der Regierungen beugen müssen — in Sachen der nationalen Einheit haben sie sich so ohnmächtig erwiesen, daß ein deutscher Bürgerkrieg möglich wurde.

Die besitzende Klasse hat ihre Unfähigkeit, etwas zu leisten für die Nation, unzweideutig an den Tag gelegt; das Volk selbst muß den Schauplay betreten, wenn Hoffnung zum Besseren werden soll.

Die besitzende Klasse fürchtet das Volk noch mehr als die Nachhaber und kann darum den Kampf mit diesen niemals ernstlich aufnehmen; das Volk aber, das Vertrauen hat auf seine Kraft, wird die gerechten Ansprüche der Nation auf freihetlich-einheitliche Gestaltung zu verwirklichen wissen.

Aber nicht nur im Interesse des nationalen Strebens, auch im eigenen Klasseninteresse müssen

die Arbeiter sich einen entscheidenden Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten sichern.

Je weiter die Industrie und der Handel sich entwickeln, desto mächtiger wird das Kapital, desto abhängiger vom Kapital wird die Arbeit. Die niedrigen Lohnsätze, die Beschränkung der Arbeiterbevölkerung selbst in sogenannten guten Zeiten auf das Nothwendigste, was zum Lebensunterhalt erforderlich ist, die gänzliche Arbeits- und Erwerbslosigkeit in schlechten Zeiten — dies Alles sind deutliche Zeichen von dem ungesicherten, traurigen Lose des Arbeiters. Die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital muß aufhören — dem Arbeiter muß ein menschenwürdiges Dasein gesichert werden.

Aber niemals darf die Arbeiterklasse erwarten, daß ihre Sache von den Regierungen oder von der besitzenden Klasse aus eigenem Antriebe gefördert werde — nur die eigene Thatkraft, nur ein kräftiges und entschiedenes Auftreten der Arbeiterklasse im Bewußtsein ihres guten Rechtes kann eine Verbesserung ihrer Lage herbeiführen.

Die Voraussetzung, aber für eine geregelte und nachhaltige Agitation in diesem Sinne ist das allgemeine Stimmrecht; nur durch dieses kann die Arbeiterklasse entscheidendes Gewicht im Staate gewinnen.

Darum, Arbeiter, rafft Euch auf; fordert, unbeschränkt um das Geschrei Eurer Gegner in den Regierungskreisen und in der besitzenden Klasse, Euer gutes Recht — wer will Euch widerstehen, wenn Ihr einstimmig aller Orten durchs ganze Vaterland, wenn Ihr mit Kraft und männlichem Ernste Eure Forderung stellt.

Auf Euch am schwersten lasten die Bürden des Staats und der Gesellschaft — duldet nicht länger, daß man Euch wie unmiündige Kinder behandle — verlangt Euren Antheil am öffentlichen Leben der Nation, verlanget vor Allem das Mittel, durch welches Ihr Eure eigenen Interessen vertreten könnt. Haltet allerwärts Versammlungen ab, wo Ihr vor aller Welt erklärt, was Ihr wollt und was man Euch gewähren muß.

Arbeiter! Erhebet Euch einmüthig, mit voller Kraft, für Eure eigene Sache! Keine Macht der Erde wagt Euch zu widerstehen, wenn Ihr Ernst zeigt! —

Politischer Theil.

R u n d s c h a u.

Berlin, 12. Juli.

Der Waffenstillstand zwischen den kriegführenden Mächten in Deutschland und Italien ist, dies steht fest, bis zu diesem Augenblicke noch nicht abgeschlossen. Wie es scheint, dürfte eine Verständigung über Friedenspräliminarien auch in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sein. Alle von österreichischen und österreichisch gesinnten Blättern ver-

breiteten Nachrichten von einer bereits erfolgten Verständigung sind daher als falsch zu betrachten. Außer dem Könige von Preußen, dem Kaiser Napoleon und dem Grafen Bismarck kann Niemand über den derzeitigen Stand der Verhandlungen etwas Genaueres wissen. Nach allen vorliegenden Thatsachen zu urtheilen, ist die Napoleonische Vermittlerrolle bis jetzt nichts weniger als von Erfolge begleitet gewesen. Oesterreich selbst scheint den Frieden mit Preußen nicht zu wollen. Sein Kaiser hat nach der Niederlage in Böhmen folgendes Manifest an die österreichischen Völker erlassen:

Das Unglück, welches die Nordarmee betroffen, hat mein Herz tief erschüttert; aber mein Vertrauen auf die Hingebung meines Volkes, auf den Muth der Armee, auf Gott und mein gutes Recht hat nicht gewankt. Ich habe mich an den Kaiser der Franzosen gewendet, um einen Waffenstillstand in Italien herbeizuführen. Der Kaiser ist dem nicht nur auf das eifrigste entgegen gekommen, sondern hat sogar noch aus eigenem Antriebe seine Vermittelung angeboten, um einen Waffenstillstand mit Preußen und Unterhandlungen über Friedenspräliminarien herbeizuführen. Ich habe dies Anerbieten angenommen und bin bereit, einen ehrenhaften Frieden abzuschließen. Aber ehe ich einem Frieden meine Zustimmung gebe, der die Grundlagen der Macht meines Reiches erschüttern könnte, bin ich zu einem Kriege auf Leben und Tod entschlossen. Alle disponiblen Truppen sollen concentrirt werden, Rekrutierung und Freiwillige werden die Lücken ausfüllen. Die österreichische Armee ist hart geprüft, aber nicht entmuthigt und gebeugt. Niemals haben die Völker Oesterreichs sich größer gezeigt, als im Unglück.

Also: Krieg mit Preußen auf Leben und Tod! Daraus antwortet die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg.“:

Mag Franz Joseph diesen Entschluß vor Gott und seinem Gewissen und vor seinen Völkern verantworten. Preußen nimmt diesen Kampf an, ohne mit den Wimpern zu zucken.

Wir können dies um so ruhiger, um so vertrauender in die allwaltende Vorhebung, als wir wissen, was Preußen gethan hat, um diesen Krieg zu vermeiden.

Und mit einer Appellation an das deutsche Volk sagt sie:

Troy aller Lügen, welche die österreichische Presse in die Welt austreute, bricht endlich allgemein die einzig richtige Ansicht durch, daß das innerlich geschwächte, durch Frankreich und Italien äußerlich tief gedemüthigte Oesterreich für die verlorene Hegemonie in Italien und die Lombardei seine Compensation in Deutschland gesucht hat, auf Kosten Preußens und noch mehr — auf Kosten Deutschlands.

Zahrelang wenigstens hat uns ja gerade die österreichische Politik gesagt, die Minciolinie sei eine strategische Nothwendigkeit für Deutschlands Bertheidigung. Jetzt tritt dasselbe Oesterreich diese nach seinen eigenen Aeußerungen für die Bertheidigung Deutschlands nothwendige Linie an Frankreich ab; — und wesshalb?

Um den Krieg gegen eine deutsche Macht „auf Leben und Tod“ führen zu können.

Kann hiernach in Deutschland ein Zweifel darüber obwalten, auf welche Seite sich das deutsche Volk in diesem Kampfe auf „Leben und Tod“ zu stellen hat?

Wir glauben, daß Niemand mehr im Unklaren darüber

sein wird, daß der Sieg Oesterreichs der Tod Deutschlands sein würde.

Gleichzeitig schreibt der officielle preussische „Staatsanzeiger“:

„Europa weiß, daß nicht niedrige Eroberungssucht die Triebfeder Preussens in dem großen Kampfe ist, zu welchem es durch Oesterreich und seine Bundesgenossen gezwungen wurde. Was Preussen erobern will, dient den höchsten nationalen Zielen, betrifft die edelsten nationalen Güter. Wir verlangen für uns nur Garantien für die territoriale Sicherheit unserer Zukunft. Für Deutschland aber die Herstellung einer staatlichen Einheit, wenigstens unter der Mehrzahl deutscher Stämme und Staaten, um den unwürdigen Zuständen innerhalb seiner Grenzen ein Ende zu machen, welche das Ansehen und die Machtstellung der Nation so lange herabgedrückt und erniedrigt haben.“

Ein Aufruf des preussischen Oberkommandos in Böhmen enthält folgende höchst beachtenswerthe Stelle:

„Das Uebrige überlassen wir mit voller Zuversicht dem Gott der Heerschaaren! Sollte unsere gerechte Sache obsiegen, dann dürfte sich vielleicht auch den Böhmen und Mähren der Augenblick darbieten, in dem sie ihre nationalen Wünsche gleich den Ungarn verwirklichen können. Möge dann ein günstiger Stern ihr Glück auf immerdar begründen.“

Aus dieser den Nationalitätsbestrebungen der mit der Wiener Regierung seit undenklichen Zeiten um ihre Selbstständigkeit ringenden nichtdeutschen Völkerschaften Oesterreichs eröffneten Perspektive schließt man bereits auf Absichten der preussischen Regierung, die noch im Laufe des Krieges, ja schon in der nächsten Zeit zur Förderung seiner Zwecke in Ausführung gebracht werden sollen. Zunächst soll mit der Bildung einer ungarischen Legion vorgegangen werden. Wie der „Bank- und Handels-Ztg.“ mitgetheilt wird, ist bereits der Befehl ergangen, unter den Kriegsgefangenen, die nach Preussen befördert worden und noch zu erwarten sind, alle der ungarischen Nation angehörenden auszuwählen und dieselben in den dem böhmischen Kriegsschauplatz näher gelegenen östlichen Theilen der Monarchie zusammenzubringen. Schon am 10. Juli hat eine solche Aussonderung der über Dresden hierher beförderten Kriegsgefangenen stattgefunden. Die Gefangenen ungarischer Nationalität sind sämmtlich nach Breslau weiter befördert worden, während ihre deutschen und italienischen Kampf- und Leidensgenossen den andern Aufnahmungsplätzen zugeführt sind. Die Anwesenheit des ungarischen Generals Klapka in Berlin, der von höheren Militärs und Beamten der ungarischen Revolution begleitet ist, unterstützt die an diese Anordnung geknüpften Vermuthungen. Briefe aus der Armee, die hierher gelangt sind, und Mittheilungen von Offizieren, welche die Gefangenen-Transporte hierher geleitet haben, stehen denselben gleichfalls zur Seite. Andererseits sagt ein offizieller Wiener Correspondent der „Karler. Ztg.“, dessen Mittheilungen sich bisher immer als bewährt gezeigt haben, es sei die Absicht Oesterreichs, „neben der bereits angebahnten Ergänzung der Armee, in der ganzen Monarchie und zunächst in Böhmen (soweit es noch nicht im Besitz des Feindes) und in Mähren den Landsturm aufzubieten, und dann in der That würde der Krieg ein Krieg bis aufs Messer sein.“ Auch das neueste Manifest des österreichischen Kaisers spricht bekanntlich von „Freiwilligen“, worunter wohl die Organisation von Freicorps verstanden werden kann. Unterdessen hat die österreichische Presse, haben besonders die Wiener Blätter ihr Gleichgewicht wieder gefunden und beurtheilen die Niederlage in Böhmen weniger trostlos. So schreibt die „N. fr. Presse“:

Graf Mensdorff soll bereits einen Bericht über den Stand der Nordarmee eingeleitet haben; nach demselben würden, wie es heißt, die Dinge besser stehen, als man geglaubt. Drei Armeekorps sollen noch ziemlich intact sein und bereits in einer Stärke von 100,000 Mann bei Olmütz Stellung genommen haben. Von den übrigen Corps sammeln sich die versprengten Trümmer wieder, ordnen sich und verschieben jenen Kern zu einer ganz staatlichen Streitmacht. Vom Geschick soll der bedeutendere Theil gerettet sein; 500 Stüch seien, heißt es, wieder in unseren Schlachtreihen. Es gelang, nach der ersten wilden Unordnung wieder ein gewisses System in

den Rückzug zu bringen und den retirirenden Truppen jenen Halt zu geben, der sie auch dem verfolgenden Feinde die Spitze zu bieten befähigt hätte. Den Gesamtverlust unseres Heeres beziffert man heute auf 40,000 an Todten, Verwundeten, Vermißten und Gefangenen.

Nach allen bisher eingegangenen Nachrichten vom Kriegsschauplatz stehen wohl auch neue Kämpfe in naher Aussicht; denn das preussische Hauptquartier ist bereits nach Zittau verlegt worden. Der letztere Ort, ungefähr am Knotenpunkt der Straßen von Olmütz und von Wien nach Prag gelegen, wird wohl derjenige Punkt sein, von welchem aus die späteren Operationen nach dem Süden und nach dem Westen, auf Olmütz hin, werden erfolgen müssen, da verlautet, die Reste der Benedek'schen Armee würden im verschänzten Lager um Olmütz Stellung zu nehmen suchen. „W. T. B.“ meldet jedoch aus Zittau, dem preussischen Hauptquartier, vom 10. d. Mts.:

Anunterbrochener Vormarsch und sehr ungünstiges Wetter dürften demnächst einen Ruhetag für die Truppen beider Armeen eintreten lassen. Ueberläufer und Landleute erzählen, daß die österreichische Nordarmee ihren Rückzug in südlicher Richtung fortgesetzt. Anderweitige Nachrichten lassen fast vermuthen, daß auch die Linien Olmütz, Brünn für eine Aufstellung der Nordarmee nicht festgehalten, sondern beide Plätze der eigenen Verteidigungskraft überlassen werden sollen, wogegen die ganze österreichische Armee dann eine Stellung an der Donau nehmen würde.

Für den Augenblick wäre also die Fühlung mit den geflohenen Oesterreichern verloren gegangen und schwerlich dürfte dieselbe vor Olmütz oder Brünn wieder erzielt werden. Bei letzterem Orte dürfte es aber kaum zu einem größeren Gefecht kommen, da erstlich das Terrain nordwärts Brünn den Oesterreichern günstige Positionen nicht gestattet und hauptsächlich darum, weil das Gros der Oesterreicher sich auf Olmütz gezogen hat, die Brünn'sche Straße demnach nur schwach von denselben besetzt sein kann. Auf das verschänzte Lager bei Olmütz setzen die Wiener Blätter große Hoffnungen, da sie von demselben die Reorganisation der Benedek'schen Trümmer und die Möglichkeit zu einem längeren Widerstande erwarten. Diese Hoffnungen dürften sich jedoch binnen Kurzem als ebenso sanguinisch herausstellen, wie es alle Erwartungen der Wiener Publicistik von vornherein gewesen sind. Olmütz wird den Siegesmarsch der preussischen Armee so wenig aufzuhalten vermögen, wie dies Josephstadt und Königgrätz zu thun im Stande waren. Olmütz ist gegenwärtig schon durch die kühnen Streifzüge des Stolberg'schen Corps nach Oesterreichisch-Schlesien und Galizien von seinen östlichen und nördlichen, durch die Stellung der preussischen Hauptarmee senkrecht auf die Wien-Prager Eisenbahn von seinen westlichen Verbindungen abgeschnitten, und eine Aufstellung der österreichischen Armee in und um Olmütz kann höchstens zu dem Resultate führen, die Summe der von Preussen zu Gefangenen gemachten Oesterreicher um eine sehr erhebliche Zahl zu vermehren. — In Oesterreich hat die Regierung eine neue Emission von Staatsbanknoten verfügt. Die Börse hat selbstverständlich diese Nachricht ungünstig aufgenommen. — Vom Kriegsschauplatz im westlichen Deutschland werden seit dem Gefechte bei Dermbach auch keine besonderen Ereignisse gemeldet. Die sogenannte Bundesarmee unter Prinz Alexander ist noch nirgend zum Vorschein gekommen, obgleich die Truppen der Generale Vogel v. Falkenstein und Mantuffel unaufhaltbar gegen Frankfurt vordringen. Vom Corps des General von Mantuffel geht übrigens heute auf telegraphischem Wege als „amtl. Nachricht“ die Meldung ein, daß gestern, den 11., von seiner Avantgarde der Saale-Übergang bei Hausen und Waldaschach, nördlich Rißingen, gegen die Bayern forcirt worden ist. Der preussische Verlust wäre darnach unbedeutend, der bayerische stark gewesen. — In München scheint man allen Ernstes auf eine nicht mehr zu verbindende preussische Invasion zu rechnen; denn es ist bereits eine Königl. Verordnung für das Verhalten der Beamten und Bediensteten in solchem Falle erlassen worden und die Stimmung im Volke ist nicht die erfreulichste für die bayerische Regierung. So ge-

setzte man in einer am 7. zu München stattgehabten Volksversammlung mit scharfen Worten das bayerische Oberkommando, wegen seines an die weiland Reichsarmee erinnernden zwecklosen und langsamen Hin- und Hermarschirens und constanter die Gefahr, die nun für Deutschland dadurch heranwächst, daß Napoleon zum Friedensstifter in unserem Vaterlande aufgerufen wurde. Ein anderer Redner griff die „Bayerische Zeitung“ an, weil dieses officielle Blatt, das dem Lande jährlich viele Tausend Gulden kostet, die Ereignisse am Kriegsschauplatz in einer Weise mitgetheilt habe, die sich durch Widersprüche, Verspätung und Unwahrheit charakterisire. Aus den Mittheilungen in der Wehrfrage ergab sich, daß die bayerische Staatsregierung keineswegs gewillt sei, eine Volkswehr durchzuführen. — Daß man in Oesterreich die Schuld des Mißlingens der österreichischen Kriegs-Operationen fast durchweg auf die verbündeten „Bundes“-Armeen schiebt, geht aus dem österreichischen Organ in Paris, aus dem „Mem. diplom.“, hervor, welches interessante Enthüllungen über den Feldzugsplan des Marschalls Benedek giebt, wie er ursprünglich entworfen war, aber durch die Langsamkeit der Mobilisation der mit Oesterreich verbündeten Bundesstruppen nicht zur Ausführung gelangen konnte. Dieser Plan bestand darin, durch eine gleichzeitige Offensivbewegung die Operationen auf der ganzen Linie zu eröffnen. Die vom Rheinflufer bis an die Böhmisches und Schlesiens Grenze aufgestellten preussischen Truppen hätten dem vereinten Stoß der drei Armeen unter Prinz Alexander von Hessen, Prinz Carl von Bayern und Benedek selbst nicht widerstehen können. Sie wären bald abgeschnitten und zum Rückzug gezwungen gewesen, während die Bundescontingente, mit Inbegriff des hannoverschen Corps, den Vormarsch der Oesterreicher nach Berlin unterstützt hätten. Das kam nun alles anders. Die Hannoveraner mußten sich bei Langensalza ergeben und dadurch, daß die Bayern den ihnen angewiesenen strategischen Punkt immer noch nicht einnehmen konnten, wurde Benedek zur Unthätigkeit verdammt. Ferner entschuldigt das „Mem. dipl.“ das Zaudern Benedek's noch aus dem Grunde, daß Oesterreich, aus übergroßer Achtung vor der Bundesakte und aus Rücksicht auf seine Bundesgenossen, nicht allein vorgehen, sondern selbst auf die Gefahr hin, seinen Waffenruhm und die Sicherheit seines Reiches auf's Spiel zu setzen, gemeinschaftlich mit seinen Bundesgenossen handeln wollte. Nach demselben Blatt hat Marschall Benedek selber verlangt, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden, um sich über die Art, wie er sich seiner schwierigen Aufgabe entledigt, zu rechtfertigen. Das „Mem.“ bemerkt ferner, daß Oesterreich seiner Zeit bereit war, die Einladung zum Congreß anzunehmen; allein die Militärpartei zu Wien drang zu sehr in den Kaiser, kein Zugeständniß zu machen, das die Armee, welche bereit sei, ihr Blut für die Erhaltung Venetiens zu vergießen, nur entmuthigen könnte. Man versicherte dem jungen Souverän, daß alle Vorkehrungen zur sofortigen Eröffnung der Feindseligkeiten so wohl und vollständig getroffen seien, daß der Erfolg auch keinen Augenblick zweifelhaft sein könne. Heute, sagt das „Mem.“ bei, steht es nun fest, daß wenigstens zwei bis drei Monate erforderlich waren, um gleichzeitig einen Krieg in Deutschland und in Italien zu bestehen. — Die „Augsb. Allg. Ztg.“, der man wohl nicht leicht den Vorwurf wird machen können, das bairische und österreichische Interesse aus den Augen gesetzt zu haben, die im Gegentheil dieses Interesse mit einer ungeheueren Energie vertreten hat, sagt jetzt in Betreff der Lasten, die der Krieg dem bayerischen Volke auferlegt:

An der bewährten Opferwilligkeit des bayerischen Volkes ist gewiß nicht zu zweifeln, so wenig, als an der Tapferkeit der wackeren bayerischen Soldaten. Aber — es drängt sich leider manches Aber auf. Kann, nach der österreichischen Katastrophe, die verzeitelte Armee der kleineren Bundesstaaten den Krieg mit irgend einer Aussicht auf Erfolg allein fortführen? Würden dadurch nicht ebenso unnütze als bellagenerthe Helotomden auf die Schlachtbank geliefert — vielleicht, um nur noch einem militärischen Ehrenpunkt zu genügen, und sich doch in Wäbe mit dem Feinde zu betragen, nachdem Bayerns gesegnete Fluren verwüthet wären? ... In diesem Sinne